

Regierungsratsbeschluss

vom 29. Januar 2018

Nr. 2018/125

Vernehmlassung zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2018 Schreiben an das Bundesamt für Umwelt, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 17. Oktober 2017 gelangt die Bundespräsidentin an die Kantonsregierungen und ersucht sie um Stellungnahme zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2018. In diesem Verordnungspaket sollen drei Verordnungen des Umweltrechts, die inhaltlich voneinander unabhängig sind, revidiert werden. Es geht dabei um folgende Verordnungen:

- Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung, STFV; SR 814.012)
- Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA; SR 814.600)
- Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung; SR 641.711).

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement, das Amt für Verkehr und Tiefbau, das Hochbauamt, das Amt für Raumplanung und das Amt für Umwelt zum vorliegenden Verordnungspaket geäußert.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zum Verordnungspaket Umwelt Herbst 2018 beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt vom 29. Januar 2018

Verteiler

Bau und Justizdepartement

Amt für Umwelt (Wü, DWI, RB, mh) (4)

Amt für Raumplanung

Amt für Verkehr und Tiefbau

Hochbauamt

Volkswirtschaftsdepartement

Amt für Wald, Jagd und Fischerei

Medien (jae)